



---

**OFFENER BRIEF**

Deutscher Kitaverband – Landesverband NRW | Juni 2026  
An Ministerpräsident Hendrik Wüst, Staatskanzlei NRW, Düsseldorf

## ABC-Klassen in NRW – Stoppen Sie ein Gesetz, das Kindern schadet, statt zu helfen

---

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Wüst,

stellen Sie sich ein fünfjähriges Kind vor, nennen wir es Amira. Amira kommt aus einer Familie, in der zu Hause Türkisch gesprochen wird. Sie besucht seit zwei Jahren ihre Kita in Duisburg, kennt dort jede Ecke, jede Erzieherin beim Namen und hat gelernt, auf Deutsch zu erzählen, was sie am Wochenende erlebt hat. Amira braucht Unterstützung beim Deutschen. Das steht außer Frage. Aber was sie braucht, ist mehr Zeit mit den Fachkräften, die sie kennen, mehr Sprache im Alltag, mehr Vorlesen und Gespräche in vertrauter Umgebung.

Was sie laut dem geplanten Gesetz bekommen wird: zweimal pro Woche ein Abholen aus ihrer Kita-Gruppe, eine Busfahrt in eine ihr unbekannte Schule, Unterricht mit Kindern, die sie nicht kennt, und Lehrkräften, die sie nie zuvor gesehen hat. Das ist das Modell der ABC-Klassen. Und wir sagen Ihnen klar: Es wird Amira nicht helfen. Es wird sie verunsichern.

### Guter Wille – aber kein Wirkungsnachweis

Wir erkennen ausdrücklich an, dass Ihre Landesregierung handeln will. Die Befunde der Schuleingangsuntersuchungen sind alarmierend: Rund ein Drittel der Kinder in NRW zeigt bei der Einschulung sprachliche Auffälligkeiten. Der IQB-Bildungstrend 2021 belegt, dass NRW in mehreren Kompetenzbereichen signifikant unter dem Bundesdurchschnitt liegt. Dieser Befund verlangt entschlossenes Handeln.

Doch der Gesetzentwurf enthält keinen einzigen Verweis auf eine evaluierte Wirksamkeitsstudie zu vergleichbaren Modellen. Die vorliegenden Evaluationen, u. a. zum hessischen Vorkurs, zum Programm "Sag mal was" in Baden-Württemberg und zum Konzept KIKUS, kommen übereinstimmend zu dem Schluss: Aus dem Kita-Alltag herausgelöste, additive Fördermaßnahmen erzielen häufig nur begrenzte oder kurzfristige Effekte. Die Ständige Wissenschaftliche Kommission der Kultusministerkonferenz (SWK) und die Prognos-Expertise (04/2026) empfehlen gleichlautend: Alltagsintegrierte Förderung im vertrauten Setting wirkt. ABC-Klassen tun das Gegenteil.

### 100 Millionen Euro für Busse – und was das bedeutet

Ab 2030 entstehen Kosten von über 220 Millionen Euro jährlich. Davon entfallen allein 100 Millionen Euro auf den Kindertransport, fast die Hälfte des Gesamtbudgets, ohne jeden pädagogischen Nutzen. Diese Zahl ist keine Randnotiz. Sie ist der Kern des Problems.





Zum Vergleich: Das Landesprogramm "Sprach-Kitas" NRW, das NRW nach Ende des Bundesprogramms im Juni 2023 zu Recht mit eigenen Mitteln weitergeführt hat, fördert rund 1.300 Einrichtungen mit alltagsnaher, beziehungsbasierter Sprachförderung – für 38 Millionen Euro jährlich, also einen Bruchteil der geplanten ABC-Klassen-Kosten. Dieses Programm ist jedoch nur bis Juli 2026 gesichert. Mit einem Teil der 220 Millionen Euro, die für ABC-Klassen geplant sind, ließe sich das bewährte Programm dauerhaft sichern und erheblich ausbauen: mit nachgewiesenem Nutzen für die Kinder, nicht für Busunternehmen.

Sie haben öffentlich darauf hingewiesen, dass Kinder am Nachmittag zum Ballett oder zum Fußball gebracht werden. Das stimmt. Aber mit einem wesentlichen Unterschied: Nachmittagsaktivitäten werden von Eltern oder vertrauten Bezugspersonen begleitet, in einem selbst gewählten Rahmen, nach eigenem Wunsch. Der Transport zu einer unbekannten Schule, zu fremden Lehrkräften, in einem verpflichtenden Kontext, ist damit nicht vergleichbar. Gerade in diesem Alter ist die Qualität der begleitenden Beziehung entscheidend – nicht das bloße Zurücklegen einer Strecke.

Hinzu kommt eine praktische Frage, die im Gesetzentwurf ungeklärt bleibt: Wer begleitet die Kinder? Wenn aus einer Kita zwei bis sechs Kinder die ABC-Klassen besuchen müssen, kann kaum jedes Mal die vertraute Fachkraft mitkommen, ohne dass die restliche Gruppe unzureichend betreut wird. Ein Systemfehler, der im laufenden Betrieb täglich Lösungen erzwingt, für die es weder Personal noch Ressourcen gibt.

### Was Wissenschaft, Gewerkschaften und Kommunen sagen

Die Ablehnung der ABC-Klassen ist kein Verbandsprotest. Sie ist breiter Fachkonsens. Bei der Anhörung im Landtag am 20. Mai 2026 haben unabhängige Sachverständige die Grundkonzeption der ABC-Klassen klar in Frage gestellt. Prof. Dr. Renate Zimmer, Erziehungswissenschaftlerin der Universität Osnabrück, brachte es auf den Punkt:

*»ABC-Klassen widersprechen dem Ansatz guten Spracherwerbs. Kinder werden aus dem vertrauten Kita-Alltag herausgelöst und in neue Gruppen mit unbekannten Fachkräften gebracht. Die Zuweisung zu einem gesonderten Fördersetting können Kinder und Familien als Diskriminierung und Ausschluss empfinden. Sprachförderung braucht stabile Bindungen und vertraute Umgebungen – nicht zusätzliche Umgebungswechsel.«*

*Prof. Dr. Renate Zimmer, Universität Osnabrück, Anhörung Landtag NRW, 20. Mai 2026*

GEW NRW fragt, wer die ABC-Klassen tatsächlich durchführen soll, ohne dass an anderer Stelle Unterricht ausfällt. Denn die nötigen 1.650 Lehrerstellen sollen in einem System besetzt werden, das bereits heute unter erheblichem Personalmangel leidet. VBE NRW kritisiert, dass der Gesetzentwurf strukturelle Steuerung über pädagogische Wirkzusammenhänge stellt. Und der Städtetag NRW betont, dass frühkindliches Lernen sichere Bindungen, emotionale Stabilität und qualitativ hochwertige Interaktionen erfordere. Diese Aspekte finden im Entwurf keine hinreichende Berücksichtigung.

Es ist selten, dass Bildungsgewerkschaft, Lehrerverband, Kommunen und Wissenschaft so einmütig in eine Richtung zeigen. Diese Einmütigkeit verdient politische Antworten.





## Was stattdessen wirkt – und was wir von Ihnen fordern

Es gibt bereits ein Modell, das zeigt, wie Übergang gelingen kann: das Programm "Fit für Schule" an der Brüder-Grimm-Grundschule in Oberhausen. Rund 95 Prozent aller Vorschulkinder besuchen dort einmal wöchentlich ihre spätere Schule und lernen Lehrkräfte, Gebäude und Alltag kennen. Schulleiterin Nicole Pasdag berichtet: 'Alle Kinder, die Fit für die Schule besuchen, kommen am ersten Schultag freudig rein.' Das Programm gilt für alle Kinder – denn der Übergang ist für alle eine Herausforderung, nicht nur für jene mit Sprachförderbedarf. Und Kinder lernen von Kindern. Unser Vorschlag geht einen Schritt weiter: Statt einzelne Kinder in eine unbekannte Schule zu transportieren, sollten ganze Kita-Gruppen gemeinsam mit ihren vertrauten Fachkräften kooperative Angebote an der Grundschule besuchen. Kein Herauslösen. Kein Sondertransport. Kein Bruch im Beziehungsgefüge.

Wir fordern keine Untätigkeit. Wir fordern wirksames Handeln. Konkret bitten wir Sie, den Gesetzentwurf zurückzuziehen und stattdessen folgende Schritte zu veranlassen:

- Dauerhafte Sicherung des Landesprogramms Sprach-Kitas über Juli 2026 hinaus und Ausweitung auf weitere Einrichtungen: NRW hat das Programm nach Ende des Bundesprogramms 2023 zu Recht fortgeführt – diese Entscheidung muss jetzt verstetigt, nicht durch ein unerprobtes Modell ersetzt werden.
- Alltagsintegrierte Sprachbildung stärken: Qualifizierung der Kita-Fachkräfte in sprachunterstützendem Interaktionsverhalten (BiSS-Transfer) sowie verbindliche Kooperation mit Grundschullehrkräften – die Schule kommt in die Kita, nicht umgekehrt
- Verbindliche Sprachstandserhebung zwei Jahre vor der Einschulung. Für Kinder mit nachgewiesenem Förderbedarf: verpflichtender Kita-Besuch von täglich 7 Stunden, kita-integriert, in vertrauter Umgebung. Berlin zeigt mit §55 Schulgesetz, dass es rechtlich möglich ist, diese Pflicht im Schulgesetz zu verankern, ohne Kinder aus ihrer Kita herauszulösen
- Einführung eines alltagsintegrierten Entwicklungsmonitorings im Elementarbereich (SWK-Empfehlung 03/2026)
- Mittel gezielt in Kitas mit nachgewiesenem Förderbedarf lenken, statt in eine flächendeckende Parallelstruktur ohne Wirksamkeitsnachweis zu investieren

Mit diesen Mitteln könnten Sie Amira und zehntausenden Kindern wie ihr wirklich helfen: in ihrer Kita, mit ihren Fachkräften, in ihrer Sprache und in ihrem Tempo.

## Ein persönlicher Appell

Herr Ministerpräsident, frühkindliche Bildung ist das wirksamste Instrument für Chancengerechtigkeit, das wir haben. Es wäre schade, wenn ausgerechnet jetzt, kurz vor der Sommerpause, eine Entscheidung getroffen wird, die dem eigentlichen Ziel im Wege steht. Die Kinder in NRW haben mehr verdient als ein gut gemeintes, aber fachlich nicht abgesichertes Gesetz.

Hören Sie auf die Wissenschaft. Hören Sie auf die Fachkräfte, die täglich mit diesen Kindern arbeiten. Und entscheiden Sie sich für einen Weg, der wirklich wirkt. Wir sind bereit, diesen Weg mit Ihnen gemeinsam zu gehen.





---

*Dieser Brief wird veröffentlicht und an Medien sowie politische Partner weitergeleitet.*

Mit freundlichen Grüßen

**Klaus Bremen**

Vorsitzender, DKV NRW

**Marcus Bracht**

Vorstand, DKV NRW

**Claudia Studen**

Vorstand, DKV NRW

**Verantwortlich:**

Deutscher Kitaverband, Landesverband Nordrhein-Westfalen c/o Kinderhut gGmbH, Huyssenallee 99-103, 45128 Essen

Marcus Bracht [marcus.bracht@deutscher-kitaverband.de](mailto:marcus.bracht@deutscher-kitaverband.de) - Claudia Studen [claudia.studen@deutscher-kitaverband.de](mailto:claudia.studen@deutscher-kitaverband.de)

**Kontakt:**

Der Deutsche Kitaverband. Bundesverband freier unabhängiger Träger von Kindertagesstätten e.V.

Französische Straße 12, 10117 Berlin

Marie-Luise Lipp, Referentin für Verbandsentwicklung und Kommunikation

Tel. +49 30 20 188 334 · +49 173 7529861

[marie-luise.lipp@deutscher-kitaverband.de](mailto:marie-luise.lipp@deutscher-kitaverband.de) · [www.deutscher-kitaverband.de](http://www.deutscher-kitaverband.de)

